

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

479 (16.10.1918) Mittagblatt

Badischer Beobachter

Mittagsblatt

Verlagspreis vierteljährlich:
 In Karlsruhe durch Träger Nr. 455;
 In Karlsruhe durch Post Nr. 1.20;
 In Deutschland durch die
 Post Nr. 6. — ohne Bestellgeld;
 Ausland durch Post oder Kreuz-
 band. Der Einzelverkaufspreis jeder
 Ausgabe beträgt 10 Pf.

Verleger: Dr. A. Hofmann, Karlsruhe, Adlersgasse 42, Albert Hofmann, Direktor

Ersteinstellung an allen Werttagen in zwei Ausgaben
 Verlag: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sonne und Blumen“,
 „Blätter für den Haus- und Landwirt“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Dr. A. Hofmann; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wähl für Anzeigen und Inserate: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

Verlagspreis:
 Die Adressenliste 25 Pf., Adressen-
 kalender 1.20, je mit 30% Teuerungszu-
 schlag. Bei Wiederholung Redaktionen
 nach Tarif. — Aufträge vermitteln
 alle Anzeigen-Expeditionen. — Schluß der
 Anzeigenannahme vom 1. bis 10 Uhr
 nachm. 13 Uhr.

Postfach: Karlsruhe 4344

Verleger: Dr. A. Hofmann, Karlsruhe, Adlersgasse 42, Albert Hofmann, Direktor



DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BROT

Er steht als ganzer Mann, der als Bahnbrecher
 und Meister der deutschen Kampflinien unter
 höchstschweren Umständen alle Kräfte jenseits
 seiner Luftlinie führte. Die Früchte seines Wirkens
 stehen leuchtend vor unseren Augen in den ver-
 schiedenen Taten seiner Schüler und Nachfolger im Kriege.
 Ein Stück von jenem Heldengeiste lebe in
 ihm, der mit klarem Bewußtsein selbstlos auch das
 Beste fürs Vaterland bezuggeben ständig bereit ist.

Prof. M. Solth

Wilson's Antwort auf die deutsche Note vom 12. Oktober.

Washington, 14. Okt. (W.A.B.) Neuter-Mel-
 dung. Nach Empfang des amtlichen
 Textes der deutschen Note besief Wilson
 Langfing, Daniel und Oberst Soule in
 das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei
 Stunden dauerte.

Wilson's Antwort ist wenig freundlich und ent-
 spricht im allgemeinen dem, was die Entente
 darüber zu sagen wußte. Für die deutsche
 Presse empfiehlt sich Zurückhaltung gegenüber der Haupt-
 frage, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht.
 Jedenfalls ist sie aber noch dieser Note nicht leichter,
 sondern schwerer geworden. Die Frage des Waffen-
 stillstandes und der Räumung des besetzten Gebietes
 wird nicht erledigt, soweit es auf diesem Weg mög-
 lich ist, sondern hinausgeschoben, indem die Zusam-
 menkunft der militärischen Stellen Amerikas und der
 Entente zur Regelung dieser Frage betitelt wird.
 Darüber sich zu wundern, besteht kein Grund; da-
 gegen kann unter den weiterhin aufgestellten
 Grundbegriffen der völlig befriedigenden Sicherheit
 und Würdigen für die Fortdauer der gegenwärtigen
 militärischen Überlegenheit der feindlichen
 Heere manchen verstanden werden, was nur schwer
 von uns anzunehmen wäre. Ein unter allen Um-
 ständen unüberwindliches Hindernis ist jedoch auch
 darin nicht zu erblicken.

Ein recht unfreundlicher Geist spricht aus dem
 Text der Antwort, die sich mit den friegerischen
 Aktionen selbst beschäftigt. Hier kann man doch nur
 den Eindruck haben, daß Wilson militärisch notwen-
 dige und mit dem Krieg selbstverständlich verbun-
 dene Maßnahmen in einer Weise auslegt, die absolut
 unangenehm ist. Nehmen wir a. B. den Vorwurf,
 daß die Orte, die von uns verlassen dem Feind
 zufallen, von Einwohnern entblößt seien. Ja, wie
 soll man es denn machen, wenn man die Einwohner
 gegen die Gefährdung durch die Kampfmittel
 schützen will, wenn man sie nicht aus dem Bereich
 des Kampfes entfernt? Auch die Verführung von
 Städten und Dörfern, über die der Krieg dahinhin-
 geht zum Nutzen des Feindes und Freund und
 Feind haben daran Anteil. Der Vorwurf einer
 unbilligen Verführung muß von uns mit aller
 Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Das deutsche
 Volk ist sicher, daß seine Soldaten so wenig wie es
 selbst dies billigt, dazu instand sind, unbillige
 Verführungen im Kriegsgelände vorzunehmen. Prä-
 sident Wilson ist bezüglich dieses Punktes auch viel
 zu sehr auf unzulässige Verdäkte angewiesen, als
 daß er hier ein objektiver, gerechter Beurteiler sein
 könnte. In diesen Dingen hat er sich von jeher sehr
 übernommen.

Am Schluß der Note verlangt er die Vernichtung
 jeder willkürlichen Macht, die geheim und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann;
 mindestens aber die völlige Unschädlichkeit.
 Unter dieser Macht versteht er die bisherige Art
 der deutschen Regierung. Das Mißtrauen muß bei
 Wilson ungemessen tief eingedrungen sein, daß er
 immer noch an diesem Punkt herumtollt. Es unter-
 liegt keinem Zweifel, daß das parlamentarische
 Regierungssystem bei uns ehrlich und mit Entschieden-
 heit durchgeführt wird und muß, daran wird hof-
 fentlich der Vertreter des Selbstbestimmungsrechtes
 der Völker nichts auszusagen haben. Dieser deutsche
 Charakter wird aber nichts desto weniger jede Will-
 kür einer unverantwortlichen Macht ausschließen.
 Dieses System hätte bei uns selbst kein Vertrauen,
 wenn das nicht der Fall wäre; denn die Erfahrungen
 des Weltkrieges haben uns Deutsche in diesem
 Punkt viel heftiger gemacht, als das jemals frö-
 her der Fall war. Wir glauben daher nicht, daß es
 an uns liegen würde, wenn eine Verständigung an
 diesem Punkt scheiterte.

Unsere Regierung hat nun wieder das Wort.
 Möge sie ernst, aber ohne Schwäche die weitere Ent-
 scheidung treffen.

Deutsche Kommentare zu Wilson's Antwort.
 Berlin, 16. Oktober. Die Antwort des Präsidenten
 Wilson ist, wie die Norddeutsche Allgemeine Zei-
 tung schreibt, früher, als man erwartet hatte, eingetroffen.
 Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert
 sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegen-
 überung der deutschen Regierung notwendig
 werden, so daß das Hauptziel der Aussprache,
 die Herbeiführung eines Waffenstillstandes

stets eine Herabminderung zu tatsächlichen Um-
 vermögen und (folgt eine Telegrammübermittlung).
 Die Macht, welche bisher die deutsche
 Nation beherrscht hat (controlled) ist von der
 Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu
 ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsi-
 denten bilden natürlich eine Bedingung, die vor
 dem Frieden erfüllt werden muß, wenn
 der Frieden durch das Vorgehen (by the action) des
 deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident
 hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze
 Durchführung des Friedens seiner Ansicht
 nach von der Bestimmtheit und dem Befriedigenden
 Charakter der Bürgschaften abhängen wird,
 welche in dieser grundlegenden Frage gegeben wer-
 den können. Es ist unumgänglich, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend
 wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Ant-
 wort an die kaiserlich königliche Regierung von
 Österreich-Ungarn abgeben.
 Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versiche-
 rung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Washington 14. Okt. (W.A.B.) Neuter-Mel-
 dung. Nach Empfang des amtlichen
 Textes der deutschen Note besief Wilson
 Langfing, Daniel und Oberst Soule in
 das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei
 Stunden dauerte.

Wilson's Antwort ist wenig freundlich und ent-
 spricht im allgemeinen dem, was die Entente
 darüber zu sagen wußte. Für die deutsche
 Presse empfiehlt sich Zurückhaltung gegenüber der Haupt-
 frage, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht.
 Jedenfalls ist sie aber noch dieser Note nicht leichter,
 sondern schwerer geworden. Die Frage des Waffen-
 stillstandes und der Räumung des besetzten Gebietes
 wird nicht erledigt, soweit es auf diesem Weg mög-
 lich ist, sondern hinausgeschoben, indem die Zusam-
 menkunft der militärischen Stellen Amerikas und der
 Entente zur Regelung dieser Frage betitelt wird.
 Darüber sich zu wundern, besteht kein Grund; da-
 gegen kann unter den weiterhin aufgestellten
 Grundbegriffen der völlig befriedigenden Sicherheit
 und Würdigen für die Fortdauer der gegenwärtigen
 militärischen Überlegenheit der feindlichen
 Heere manchen verstanden werden, was nur schwer
 von uns anzunehmen wäre. Ein unter allen Um-
 ständen unüberwindliches Hindernis ist jedoch auch
 darin nicht zu erblicken.

Ein recht unfreundlicher Geist spricht aus dem
 Text der Antwort, die sich mit den friegerischen
 Aktionen selbst beschäftigt. Hier kann man doch nur
 den Eindruck haben, daß Wilson militärisch notwen-
 dige und mit dem Krieg selbstverständlich verbun-
 dene Maßnahmen in einer Weise auslegt, die absolut
 unangenehm ist. Nehmen wir a. B. den Vorwurf,
 daß die Orte, die von uns verlassen dem Feind
 zufallen, von Einwohnern entblößt seien. Ja, wie
 soll man es denn machen, wenn man die Einwohner
 gegen die Gefährdung durch die Kampfmittel
 schützen will, wenn man sie nicht aus dem Bereich
 des Kampfes entfernt? Auch die Verführung von
 Städten und Dörfern, über die der Krieg dahinhin-
 geht zum Nutzen des Feindes und Freund und
 Feind haben daran Anteil. Der Vorwurf einer
 unbilligen Verführung muß von uns mit aller
 Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Das deutsche
 Volk ist sicher, daß seine Soldaten so wenig wie es
 selbst dies billigt, dazu instand sind, unbillige
 Verführungen im Kriegsgelände vorzunehmen. Prä-
 sident Wilson ist bezüglich dieses Punktes auch viel
 zu sehr auf unzulässige Verdäkte angewiesen, als
 daß er hier ein objektiver, gerechter Beurteiler sein
 könnte. In diesen Dingen hat er sich von jeher sehr
 übernommen.

Am Schluß der Note verlangt er die Vernichtung
 jeder willkürlichen Macht, die geheim und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann;
 mindestens aber die völlige Unschädlichkeit.
 Unter dieser Macht versteht er die bisherige Art
 der deutschen Regierung. Das Mißtrauen muß bei
 Wilson ungemessen tief eingedrungen sein, daß er
 immer noch an diesem Punkt herumtollt. Es unter-
 liegt keinem Zweifel, daß das parlamentarische
 Regierungssystem bei uns ehrlich und mit Entschieden-
 heit durchgeführt wird und muß, daran wird hof-
 fentlich der Vertreter des Selbstbestimmungsrechtes
 der Völker nichts auszusagen haben. Dieser deutsche
 Charakter wird aber nichts desto weniger jede Will-
 kür einer unverantwortlichen Macht ausschließen.
 Dieses System hätte bei uns selbst kein Vertrauen,
 wenn das nicht der Fall wäre; denn die Erfahrungen
 des Weltkrieges haben uns Deutsche in diesem
 Punkt viel heftiger gemacht, als das jemals frö-
 her der Fall war. Wir glauben daher nicht, daß es
 an uns liegen würde, wenn eine Verständigung an
 diesem Punkt scheiterte.

Unsere Regierung hat nun wieder das Wort.
 Möge sie ernst, aber ohne Schwäche die weitere Ent-
 scheidung treffen.

Deutsche Kommentare zu Wilson's Antwort.
 Berlin, 16. Oktober. Die Antwort des Präsidenten
 Wilson ist, wie die Norddeutsche Allgemeine Zei-
 tung schreibt, früher, als man erwartet hatte, eingetroffen.
 Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert
 sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegen-
 überung der deutschen Regierung notwendig
 werden, so daß das Hauptziel der Aussprache,
 die Herbeiführung eines Waffenstillstandes

und die Einleitung von Friedensver-
 handlungen, noch nicht sofort zu er-
 reichen ist. Die Aufstellung des Prinzips ist
 neu, daß die durch die Räumung zu schaffende Lage
 die heutige militärische Überlegenheit der
 Entente unangefastet lassen müsse. Im
 Zusammenhang mit dieser Frage enthält die Note
 gegen die deutsche Kriegführung den Vor-
 wurf der Ungezüglichkeit, und beschildert sie
 unmenslicher Handlungen. Der Vor-
 wurf ist unberechtigt und übersteigt zum minde-
 sten die militärischen Notwendigkeiten, unter deren
 Zwang die deutsche Kriegführung handelt, solange
 nicht die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht ist.
 Die deutsche Regierung hat die Hand dazu geboten,
 um die Leiden zu mildern und den Verwüstungen
 des Krieges überhaupt Einhalt zu gebieten. Es ist
 also unbillig, ihr die alleinige Schuld an dem
 jetzigen, geistig bedauernden Zustande der be-
 wohnten Komproze zuzurechnen. Die Beant-
 wortung der amerikanischen Note erfordert ein-
 gehende Beratungen. Dabei wird die
 deutsche Regierung sich weiter von dem Geiste der
 Verhältnissicht und dem Wunsch nach Beendigung
 des Blutergießens leiten lassen und so ihren Ent-
 schluß unter Wahrung der Interessen des deutschen
 Volkes fassen.

Berlin, 16. Oktober. Unter der Überschrift
 „Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden“
 führt die Berliner Morgenpost aus: Wir haben
 lange gezögert, Herrn Wilson unser Vertrauen zu
 schenken, aber schließlich haben wir es getan in dem
 Glauben, daß es wirklich ein Rechtsfrieden sei, den
 er vermitteln wolle. In der Tat aber ist das, was
 er uns mit seiner neuesten Note zumutet, nicht
 die Grundlage, auf der ein Rechtsfriede-
 den aufgebaut werden kann, sondern es sind die
 Vorbedingungen für einen Gewalt-
 frieden. Die Sprache in Wilson's Antwortnote
 ist hochmütig und verlebend. Der Ton,
 den er anquatscht für gut befinden hat, läßt nicht
 darauf schließen, daß er um die schnelle Wiederher-
 stellung eines für uns erträglichen und für die Welt
 nützlichen Friedens besorgt ist, und er muß von uns
 jedenfalls mit vollem Ernst und Nachdruck zurück-
 gewiesen werden.

Im Berliner Tageblatt heißt es: Deutschland hat
 die Entlassung gelehrt, die bei kavadischen Wöl-
 fern den Adel der Geschichte zu erwarten könn-
 te, aber ein in Zukunft sicheres und starkes Volk nicht
 zu erniedrigen vermag. Wie aber sieht es mit den
 jenigen, die alles Greisdarben erreichen könnten und
 die in entsetzlicher Trübsal sind, so daß sie noch
 noch Tarferde am Wege verarmen, daß noch
 Hunderttausende fallen müßten?

Die Deutsche Zeitung sagt: Die deutsche Regie-
 rung hat um Entsendung einer gemischten
 Kommission gebeten, um über den Waffen-
 stillstand zu verhandeln. Statt hierauf einzugehen,
 leitet Präsident Wilson eine Diskussion über ge-
 waltige, unmensliche Handlungen ein, die ange-
 sichts von den deutschen Truppen vorgenommen wor-
 den sein sollen. Der praktische Zweck der Förde-
 rung und Beilegung des Waffenstillstandes und
 des Friedens kann der Präsident mit dieser Me-
 thode nicht verfolgen, er scheint vielmehr die Absicht
 zu haben, die Diskussion in die Länge zu
 ziehen, um die militärische Über-
 legenheit der Entente, von der er spricht,
 noch weiter auszunutzen.

Eine Note der Agence Havas.
 Paris, 14. Oktober. (W.A.B.) Die Agence Ha-
 vas veröffentlicht folgende Note: Deutschland
 führt auf sich die Drohung einer Invasion lassen und will
 um jeden Preis einer Züchtigung entgegen, deren Schärfe
 es im Hinblick auf die während seines Niederganges erneut
 begangenen Verbrechen fürchtet. Aus diesem
 Grunde geht es scheinbar auf die Forderungen des Prä-
 sidenten Wilson ein. Der Gedanke der Bildung eines
 Ausschusses zur Räumung der besetzten Gebiete, zielt
 darauf ab, den Kampfer der Truppen einzuschleusen
 und die militärischen Anstrengungen zu verlangsamen.
 Es würde tatsächlich einer Einstellung der Feindselig-
 keiten gleichkommen. Deutschland hätte durch die Ein-
 ausdehnung der Verhandlungen seine Armeen aus dem
 Zusammenbruch retten und sich dann weigern, die Gebiete
 zurückzugeben, und in die Unabhängigkeit der unter-
 drückten Nationen zu willigen. Da es dann schwierig
 wäre, die Waffen wieder zu ergreifen, so würde dieses
 Mandat Deutschland gehalten, den Verlust des
 Krieges zu vermeiden, aber keine Regierung der Entente
 wird sich dazu hergeben, ebensowenig wie Wilson. Man
 muß aber schon nach den neuesten Proben der Diebstah-
 lerei und Anpassungslosigkeit der Vertreter Deutschlands sich
 wegen der Aufschüttung ihrer Gewinnung speislich zeig-
 en, solange Ludendorff, der jetzt nur noch hinter
 den Kulissen arbeitet, wieder im Vordergrund der poli-
 tischen Bühne erscheinen könnte. Vergeblich verjucht
 Deutschland durch die im Laufe des letzten Niederganges
 begangenen Grausamkeiten den Frieden durch Entmuti-
 gung der Bevölkerung zu erlangen und die Schicksals-
 stunde zu verzögern. Frankreich ist einmütig in dem
 Willen, mit einem solchen Feinde nur zu verhandeln,
 nachdem es ihn vollständig außerstande gesetzt hat, zu
 schaden.

Note der Agence Stefani.
 Rom, 15. Oktober. (W.A.B.) Die Agence Stefani
 veröffentlicht folgende Note: Damit die öffentliche Mei-
 nung nicht hinsichtlich der Bedeutung und der Wirkung
 der Antwort Deutschlands auf die Note des Präsidenten
 Wilson irreführend wird, ist es zweckmäßig, sich die Tat-
 sache zu vergegenwärtigen, deren Folge diese Antwort
 ist. In einer Note vom 8. Oktober ergriffen die Mittel-
 mächte den Präsidenten Wilson, Friedensverhand-
 lungen zu eröffnen, denen ein Waffenstillstand
 vorausgehen sollte. Dieses Ersuchen war an den Prä-
 sidenten persönlich und durch ihn an die kriegführenden
 Mächte gerichtet. Präsident Wilson stellte drei Vor-
 fragen, von denen er jegliche weiteren Schritte abhängig
 machte, so daß das Ersuchen um einen Waffenstillstand
 den verbündeten Regierungen nicht übermittelte wurde,
 denn es bleibt erst diese Fragen zu lösen, die jeder Ge-

derung vorangingen. So ist es klar, daß dann nur ein
 möglich ist, daß Präsident Wilson in Uebereinstimmung
 mit den alliierten Regierungen jetzt die Bedingungen
 aufstellen müßte, denen die Feinde, wenn man anfängt,
 zu verhandeln, zustimmen müßten. Es sei erforderlich,
 einen Hinterhalt zu vermeiden und unumgänglich notwen-
 dige militärische Bürgschaften zu verlangen, damit der
 Waffenstillstand nicht ausschließlich den Feinden zum
 Vorteil gereide. Ferner muß verbündet werden, daß
 die Feinde den Waffenstillstand dazu benutzen, ihre Vere-
 aus der kritischen Lage zu befreien, in der sie sich befin-
 den, und die für sie immer schärfer wird, worauf es
 für sie möglich wäre, die Feindseligkeiten unter gün-
 stigeren Bedingungen wieder aufzunehmen, nachdem
 das Kriegsmaterial zurüdgezogen und ihre Truppen
 reorganisiert waren.

Genf, 15. Oktober. (W.A.B.) Im Anschluß der
 ungarischen Delegation für äußere Angelegenheiten
 hielt gestern der Minister des Innern
 Graf Burian das angekündigte Exposé, in
 dem er u. a. ausführte: Der Friedensschritt
 der Mittelmächte eröffnet, wie ich mit auf-
 richtiger Befriedigung feststelle, den Völkern die Aus-
 sicht, daß es gelingen wird, in absehbarer Frist an
 allen Fronten zur Einstellung der Feindseligkeiten
 zu gelangen und in Verhandlungen über den Ab-
 schluß eines allgemeinen, dauernden und gerechten
 Friedens einzutreten. Die Uebereinkunft müßte sich
 verallgemeinern und durchbringen, daß diesen Kompf
 nicht unbedingt das Schwert zu entscheiden habe.
 Die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom
 27. September haben den Faden der Friedens-
 erörterungen, der abermals zu sein schien, wieder
 aufgenommen. Die öffentlichen Meinungen Herrn
 Wilson's sind bei uns nie ohne Eindruck geblieben
 und nie prinzipiell abgelehnt worden. Wir bringen
 der in der Rede Wilson's vom 27. September
 geäußerte Auffassung der gegenwärtigen Weltlage
 volles Verständnis entgegen. Unser Vertrauen
 in das Wort des Herrn Präsidenten ist so fest, daß
 wir Kombinationen mit Entschiedenheit ablehnen,
 welche diesem Vorgehen tatsächliche, der Monarchie
 schädliche Motive unterstellen wollen. Es ist eine
 durchaus richtige, nicht nur in den politischen, son-
 dern auch in den tatsächlichen militärischen Verhält-
 nissen begründete Auffassung, wenn der Herr Präsi-
 dent der Vereinigten Staaten in der Antwort an
 den deutschen Reichskanzler die Waffenstill-
 standsfrage und damit auch ebenso der Räu-
 mung des besetzten Gebietes an den Kampf-
 fronten befestigen feindlichen Gebietes als eine für
 die Mittelmächte einheitliche Aufgabe
 schon die politische Solidarität der Mittelmächte
 würde die abgeordnete Lösung dieser Frage für
 einen der Verbündeten unmöglich machen und die
 Lage an den Fronten würde die Lösung der Waffen-
 stillstandsfrage für eine der Mittelmächte allein
 gleichfalls ausschließen. Es wird sich also nur darum
 handeln, die technische Voraussetzung für
 die Durchführung der Räumung zu schaffen, wofür
 die Vereinbarungen zu treffen sein werden. Es ist
 wohl kein zu weitgehender Optimismus, wenn ich bei
 dieser Sachlage annehme, daß wir knapp vor der
 Einstellung der Feindseligkeiten stehen und in kurzer
 Zeit mit den Mächten der Entente in Ver-
 handlungen eintreten werden.

Genf, 15. Oktober. (W.A.B.) Das zu schaffende
 Friedenswerk wird nicht von einem Tage zum
 anderen erreicht werden. Die Ausgestaltung der
 inneren Verhältnisse der österr.-un-
 garischen Monarchie wird gleichfalls ge-
 räumte Zeit erfordern. In allen Fragen, die spe-
 zielle Kenntnisse voraussetzen, werden Fachmänner
 herangezogen werden. Graf Burian fuhr fort:
 Innig vereint mit meinem treuen deutschen
 Bundesgenossen und mit der Türkei, die
 trotz der für sie durch das Ausschneiden Bulgariens
 geschaffenen schwierigen Lage in Erfüllung der über-
 nommenen Schwerepflichten ausharrt, werden wir in
 die Verhandlungen eintreten. Wir werden bei den
 bevorstehenden Friedensverhandlungen
 unser Vorgehen in festem, gegenständlichem Einver-
 nehmen mit unseren Verbündeten regeln. Ueber
 das Problem des Balkanbundes und über die
 damit zusammenhängenden Fragen sagte Graf Burian:
 Die Schaffung der Liga der Nationen bildet die
 Voraussetzung für das Zustandekommen eines Fried-
 ens der unparteiischen Gerechtigkeit. Mit ihrer
 Aufrichtung wird die auf dem Madriderinien be-
 ruhende Politik des Gleichgewichts der Mächte-
 gruppen ihr Ende finden. Die einheitliche Organi-
 sation der Staaten wird ihre Sanktion in einer zu
 schaffenden überstaatlichen Vollzugs-
 gewalt finden. Die Herabsetzung der
 Rüstungen und die Freiheit der Schif-
 fahrt zur See gehören fest konstant zu unserm
 Friedensprogramm. Den friedlichen und freunds-
 chaftlichen Wandelverkehr mit allen Nationen
 wieder anzunehmen, ist unser aufrichtiger Wunsch.
 Dagegen Polen erklärte der Minister: Unsere
 Bestimmungen gegenüber sind unverändert und
 wir wollen, so wie bisher, unter Berücksichtigung
 der Rechte und Interessen der österr.-un-
 garischen Monarchie und im Einvernehmen mit Deutsch-
 land auf das Wohl Polens gerichtete Bestrebungen
 der polnischen Regierung mit besten Kräften unter-
 stützen.

Sodann besprach der Minister die Lage in Ru-
 manien und in der Ukraine, um dann, wie
 folgt, zu schließen: Schauen wir uns alle in dieser
 schicksalsschweren Zeit um unseren Monarchen,
 der seit den ersten Stunden seiner Regierung nur
 ein Ziel gekannt hat: den mit ihm durch traditio-
 nelle Bande der Liebe und Treue verbundenen Völk-
 er einen, die ganze Welt umfassenden Frieden
 der Verbönnung zu geben.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hin-
 zuweisen, daß weder die Regierung der Vereinig-
 ten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die
 Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten
 als Kriegführende assoziiert sind, einwilligen wer-
 den, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen,
 solange die Streitkräfte Deutschlands
 fortwähren, die ungesegneten und unmen-
 schlichen Praktiken ausüben, bei denen sie
 sich verbarren. An der selben Zeit, wo die deutsche
 Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten
 mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre
 Bootschiffe mit beschäftigt, auf der See Balla-
 stschiffe zu versenken und nicht nur die
 Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passa-
 giere und Besatzungen verenden, sich in Sicherheit zu
 bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem
 schließlichen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und
 Frankreich einen Weg mutwilliger Zer-
 störung ein, der immer als direkte Verletzung
 der Regeln und Gebrauche der zivilisierten Krieg-
 führung betrachtet wurde. Städte und Dörfer, wenn
 sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie ent-
 halten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstill-
 stand zustimmen werden, solange die unmen-
 schlichen Handlungen, in Flandern und
 in Belgien fortgesetzt werden, auf die sie
 ein Recht mit Schrecken und empörten Herzens hin-
 schiden. Es ist auch notwendig, damit keine Mög-
 lichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß
 der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly)
 die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf
 die Fassung und die klare Absicht (to be
 unambiguous and plain intent) einer der Frieden-
 sbedingungen lenkt, welche die deutsche Regie-
 rung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten
 im Protokoll des Präsidenten, die er am 4. Juli
 in St. Immi in Vermont gehalten hat. Sie lautet
 wie folgt:

Vernichtung jeder willkürlichen Macht
 überall, die für sich geheim und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder
 wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, minde-

stens eine Herabminderung zu tatsächlichen Um-
 vermögen und (folgt eine Telegrammübermittlung).
 Die Macht, welche bisher die deutsche
 Nation beherrscht hat (controlled) ist von der
 Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu
 ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsi-
 denten bilden natürlich eine Bedingung, die vor
 dem Frieden erfüllt werden muß, wenn
 der Frieden durch das Vorgehen (by the action) des
 deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident
 hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze
 Durchführung des Friedens seiner Ansicht
 nach von der Bestimmtheit und dem Befriedigenden
 Charakter der Bürgschaften abhängen wird,
 welche in dieser grundlegenden Frage gegeben wer-
 den können. Es ist unumgänglich, daß die gegen
 Deutschland assoziierten Regierungen unabweisend
 wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Ant-
 wort an die kaiserlich königliche Regierung von
 Österreich-Ungarn abgeben.
 Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versiche-
 rung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

Washington 14. Okt. (W.A.B.) Neuter-Mel-
 dung. Nach Empfang des amtlichen
 Textes der deutschen Note besief Wilson
 Langfing, Daniel und Oberst Soule in
 das Weiße Haus zu einer Konferenz, die zwei
 Stunden dauerte.

Wilson's Antwort ist wenig freundlich und ent-
 spricht im allgemeinen dem, was die Entente
 darüber zu sagen wußte. Für die deutsche
 Presse empfiehlt sich Zurückhaltung gegenüber der Haupt-
 frage, ob eine Verständigung möglich ist oder nicht.
 Jedenfalls ist sie aber noch dieser Note nicht leichter,
 sondern schwerer geworden. Die Frage des Waffen-
 stillstandes und der Räumung des besetzten Gebietes
 wird nicht erledigt, soweit es auf diesem Weg mög-
 lich ist, sondern hinausgeschoben, indem die Zusam-
 menkunft der militärischen Stellen Amerikas und der
 Entente zur Regelung dieser Frage betitelt wird.
 Darüber sich zu wundern, besteht kein Grund; da-
 gegen kann unter den weiterhin aufgestellten
 Grundbegriffen der völlig befriedigenden Sicherheit
 und Würdigen für die Fortdauer der gegenwärtigen
 militärischen Überlegenheit der feindlichen
 Heere manchen verstanden werden, was nur schwer
 von uns anzunehmen wäre. Ein unter allen Um-
 ständen unüberwindliches Hindernis ist jedoch auch
 darin nicht zu erblicken.

Ein recht unfreundlicher Geist spricht aus dem
 Text der Antwort, die sich mit den friegerischen
 Aktionen selbst beschäftigt. Hier kann man doch nur
 den Eindruck haben, daß Wilson militärisch notwen-
 dige und mit dem Krieg selbstverständlich verbun-
 dene Maßnahmen in einer Weise auslegt, die absolut
 unangenehm ist. Nehmen wir a. B. den Vorwurf,
 daß die Orte, die von uns verlassen dem Feind
 zufallen, von Einwohnern entblößt seien. Ja, wie
 soll man es denn machen, wenn man die Einwohner
 gegen die Gefährdung durch die Kampfmittel
 schützen will, wenn man sie nicht aus dem Bereich
 des Kampfes entfernt? Auch die Verführung von
 Städten und Dörfern, über die der Krieg dahinhin-
 geht zum Nutzen des Feindes und Freund und
 Feind haben daran Anteil. Der Vorwurf einer
 unbilligen Verführung muß von uns mit aller
 Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Das deutsche
 Volk ist sicher, daß seine Soldaten so wenig wie es
 selbst dies billigt, dazu instand sind, unbillige
 Verführungen im Kriegsgelände vorzunehmen. Prä-
 sident Wilson ist bezüglich dieses Punktes auch viel
 zu sehr auf unzulässige Verdäkte angewiesen, als
 daß er hier ein objektiver, gerechter Beurteiler sein
 könnte. In diesen Dingen hat er sich von jeher sehr
 übernommen.

Am Schluß der Note verlangt er die Vernichtung
 jeder willkürlichen Macht, die geheim und nach eigenem
 Belieben den Frieden der Welt stören kann;
 mindestens aber die völlige Unschädlichkeit.
 Unter dieser Macht versteht er die bisherige Art
 der deutschen Regierung. Das Mißtrauen muß bei
 Wilson ungemessen tief eingedrungen sein, daß er
 immer noch an diesem Punkt herumtollt. Es unter-
 liegt keinem Zweifel, daß das parlamentarische
 Regierungssystem bei uns ehrlich und mit Entschieden-
 heit durchgeführt wird und muß, daran wird hof-
 fentlich der Vertreter des Selbstbestimmungsrechtes
 der Völker nichts auszusagen haben. Dieser deutsche
 Charakter wird aber nichts desto weniger jede Will-
 kür einer unverantwortlichen Macht ausschließen.
 Dieses System hätte bei uns selbst kein Vertrauen,
 wenn das nicht der Fall wäre; denn die Erfahrungen
 des Weltkrieges haben uns Deutsche in diesem
 Punkt viel heftiger gemacht, als das jemals frö-
 her der Fall war. Wir glauben daher nicht, daß es
 an uns liegen würde, wenn eine Verständigung an
 diesem Punkt scheiterte.

Unsere Regierung hat nun wieder das Wort.
 Möge sie ernst, aber ohne Schwäche die weitere Ent-
 scheidung treffen.

Deutsche Kommentare zu Wilson's Antwort.
 Berlin, 16. Oktober. Die Antwort des Präsidenten
 Wilson ist, wie die Norddeutsche Allgemeine Zei-
 tung schreibt, früher, als man erwartet hatte, eingetroffen.
 Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert
 sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegen-
 überung der deutschen Regierung notwendig
 werden, so daß das Hauptziel der Aussprache,
 die Herbeiführung eines Waffenstillstandes

und die Einleitung von Friedensver-
 handlungen, noch nicht sofort zu er-
 reichen ist. Die Aufstellung des Prinzips ist
 neu, daß die durch die Räumung zu schaffende Lage
 die heutige militärische Überlegenheit der
 Entente unangefastet lassen müsse. Im
 Zusammenhang mit dieser Frage enthält die Note
 gegen die deutsche Kriegführung den Vor-
 wurf der Ungezüglichkeit, und beschildert sie
 unmenslicher Handlungen. Der Vor-
 wurf ist unberechtigt und übersteigt zum minde-
 sten die militärischen Notwendigkeiten, unter deren
 Zwang die deutsche Kriegführung handelt, solange
 nicht die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht ist.
 Die deutsche Regierung hat die Hand dazu geboten,
 um die Leiden zu mildern und den Verwüstungen
 des Krieges überhaupt Einhalt zu gebieten. Es ist
 also unbillig, ihr die alleinige Schuld an dem
 jetzigen, geistig bedauernden Zustande der be-
 wohnten Komproze zuzurechnen. Die Beant-
 wortung der amerikanischen Note erfordert ein-
 gehende Beratungen. Dabei wird die
 deutsche Regierung sich weiter von dem Geiste der
 Verhältnissicht und dem Wunsch nach Beendigung
 des Blutergießens leiten lassen und so ihren Ent-
 schluß unter Wahrung der Interessen des deutschen
 Volkes fassen.

Berlin, 16. Oktober. Unter der Überschrift
 „Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden“
 führt die Berliner Morgenpost aus: Wir haben
 lange gezögert, Herrn Wilson unser Vertrauen zu
 schenken, aber schließlich haben wir es getan in dem
 Glauben, daß es wirklich ein Rechtsfrieden sei, den
 er vermitteln wolle. In der Tat aber ist das, was
 er uns mit seiner neuesten Note zumutet, nicht
 die Grundlage, auf der ein Rechtsfriede-
 den aufgebaut werden kann, sondern es sind die
 Vorbedingungen für einen Gewalt-
 frieden. Die Sprache in Wilson's Antwortnote
 ist hochmütig und verlebend. Der Ton,
 den er anquatscht für gut befinden hat, läßt nicht
 darauf schließen, daß er um die schnelle Wiederher-
 stellung eines für uns erträglichen und für die Welt
 nützlichen Friedens besorgt ist, und er muß von uns
 jedenfalls mit vollem Ernst und Nachdruck zurück-
 gewiesen werden.

Im Berliner Tageblatt heißt es: Deutschland hat
 die Entlassung gelehrt, die bei kavadischen Wöl-
 fern den Adel der Geschichte zu erwarten könn-
 te, aber ein in Zukunft sicheres und starkes Volk nicht
 zu erniedrigen vermag. Wie aber sieht es mit den
 jenigen, die alles Greisdarben erreichen könnten und
 die in entsetzlicher Trübsal sind, so daß sie noch
 noch Tarferde am Wege verarmen, daß noch
 Hunderttausende fallen müßten?

Die Deutsche Zeitung sagt: Die deutsche Regie-
 rung hat um Entsendung einer gemischten
 Kommission gebeten, um über den Waffen-
 stillstand zu verhandeln. Statt hierauf einzugehen,
 leitet Präsident Wilson eine Diskussion über ge-
 waltige, unmensliche Handlungen ein, die ange-
 sichts von den deutschen Truppen vorgenommen wor-
 den sein sollen. Der praktische Zweck der Förde-
 rung und Beilegung des Waffenstillstandes und
 des Friedens kann der Präsident mit dieser Me-

Die Friedensvermittlung von 1916.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir im Mannheimer General-Anzeiger zu dem bereits an dieser Stelle behandelten Thema weiter folgendes:

Georg Bernhart behauptet in der kaiserlichen Zeitung, es sei wohl eine unbewiesene Tatsache, daß die Friedensvermittlung von 1916 im Dezember 1916 nicht nur mit dem Präsidenten Wilson vereinbart, sondern auch mit dem Reichspräsidenten Hindenburg vereinbart worden war.

Diese Angaben stammen aus dem Berliner Büro des Völkers. Wir wollen heute nicht in eine ins Einzelne gehende Erörterung dessen eintreten, was sich daraus ergibt, wenn diese Behauptungen richtig sind.

Wir dürfen jetzt wenigstens versichert sein, daß unsere Regierung aus dem furchtbaren Licht der Zweifelsfrage herauskommt, das uns soviel geschadet hat. Kann sich so noch jemand wundern, wenn Wilson schließlich so auftrat, wie wir es erlebten, ohne daß wir zunächst dafür andere Gründe annehmen konnten, als solche einer verdrückten Kriegseinstellung?

leht wurde. Daher möchten wir mit aller Entschiedenheit auch dafür eintreten, daß, wo in diesem gewaltigen Ringen eine Schuld unzweifelhaft vorhanden ist, sie auch ausgegeben und zugestanden wird, wenn dadurch die Gegensätze gemildert und eine Gesundung der Verhältnisse angebahnt werden kann.

Deutschland.

Das „Teufelswerk“ der christlichen Eiche.

Zu welchen Verlogenheiten eine gleichwertige ungeschichtliche und unlogische Uebertreibung des alldeutschen Massegedankens zu führen vermag, veranschaulicht ein Werk von Wilhelm Gentschel, das soeben in dem von den alldeutschen Blättern mehrfach empfohlenen Verlage von Erich Mathes in Leipzig unter dem Titel „Von aufsteigendem Leben“ erschienen ist.

„Indem die christliche Kirche in der Folge ihrer demokratischen Ideologie jedem Manne ein Recht zuweist, setzt sie sich mit der Natur und mit dem Heiligem der arischen Menschheit in Widerspruch.“

„Indem die Natur einen mächtigen Drang nach tiefer Frauen in die Welt des Mannes legt, schuf sie den Kampf der Männer um die Weiber. In diesem Kampfe wurden alle elenden und minderwertigen Männer aus dem Kampfe ausgeschieden, durch ihn kam das Zustandekommen des Lebens zu Stande.“

Sollen wir uns bei dieser Auffassung wundern, daß die Kultur als etwas Verdammenwertes hingestellt wird? Warum? Sie heißt alles Gewalttätige. Sogar der Krieg, die letzte Instanz der Heilbewegung, in ihrer Schamlosigkeit haßt sie ihn.“

„Nehret wir also zum Chaos zurück. Verfluchen wir der Welt, daß wir den Krieg für die letzte Instanz der Heilbewegung halten und daß die Kräfte des Christentums mit dem „Heilsweg“ unterer Rasse in Widerspruch stehen.“

Baden.

Einmalige Kriegsteuerungszulage.

Man schreibt uns: Wenn nun jetzt wieder die Beamten und Arbeiter der Staatsverwaltung mit einmaligen Steuerungsulagen bedacht, so sollte man gerechterweise auch die bisher unberücksichtigt ge-

bliebenen Steuererheber (aus der Zahl der Druseinwohner) nicht vergessen. Denn sie zwar auch im Staatsdienst nicht „vollbeschäftigt“ sind, so verdienen sie doch auch wenigstens eine kleinere einmalige Steuerungsulage so gut wie z. B. die auch nicht vollbeschäftigten Landstrassenwärter usw. Es wäre ferner auch nicht zum Nachteil des Staates, ihnen eine solche einmalige Steuerungsulage in angemessener Höhe zu gewähren.

Der neue Kurs.

Zur Parlamentarisierung.

Berlin. Am 8. Oktober 1918 hat, wie schon kurz gemeldet, der Bundesrat beschlossen, dem Entwurf eines Gesetzes zugestimmt, das mit der vor wenigen Tagen eingeleiteten Parlamentarisierung im engsten Zusammenhang steht. Danach soll zunächst Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben werden, der bestimmt, daß Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein besonderes Reichs- oder Staatsamt übernehmen.

Die dem Entwurfe beigegebene amtliche Begründung lautet folgendermaßen:

Durch Gesetz vom 30. September hat der Kaiser seinen Willen dahin kundgetan, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten und daher Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen.

Die Kaiserliche Hofkammer sieht damit eine engere Verbindung zwischen der Reichsleitung und Reichstag vor, die nur hergestellt werden kann, wenn Mitglieder des Reichstages zugleich der Reichsleitung angehören. Daher wird Artikel 21, Absatz 2, der Reichsverfassung geändert werden müssen, wonach Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein Reichs- oder Staatsamt annehmen.

Nach Paragraph 2 Satz 2 des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichstags vom 17. März 1873 können außer dem allgemeinen Stellvertreter nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden für den Umfang ihres Geschäftskreises zu Stellvertretern des Reichstages ernannt werden. Die Zahl der obersten Reichsbehörden ist eine beschränkte. Daher wird der gesetzliche Rahmen für die Stellvertretung des Reichstages zu erweitern sein, damit die Möglichkeit geschaffen wird, Stellvertreter des Reichstages zu bestellen, die nicht Vorstände einer obersten Reichsbehörde sind.

Die einschneidende Bestimmung im Paragraph 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes, die hiernach aufzuheben sein wird, ist gefaßt worden, als sich die Vertreterorganisa-

Chronik des vierten Kriegsjahres.

17. Oktober: Stoßtruppfolge Jülich Samogonien. Vernichtung eines feindlichen Geleitzuges der Nordsee. Versenkung des amerikanischen Transportdampfers „Antilles“. Eroberung der Insel Woon; Versenkung des russischen Linienfahrers „Slawia“ zwischen Moon und Sahlbau.

Die bisherige Entwicklung richtunggebend gewesen. Sie wird jetzt entsetzt werden können; denn wie bisher werden auch in Zukunft Aemter für Stellvertreter des Reichstages nur auf Grund des Reichshaushalts, also unter Mitwirkung von Bundesrat und Reichstag, geschaffen werden können, und die Vertretungsbestimmungen der verschiedenen vom Kaiser zu ernennenden Stellvertreter werden, soweit hierfür nicht der Reichshaushaltsplan maßgebend ist, durch Anordnung des Kaisers oder Reichstages gegeneinander abzugewogen sein.

Mit einer Streichung des Paragraph 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes verlieren im Paragraph 1 dieses Gesetzes die Worte „nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen“ ihre Bedeutung und sind daher zu streichen. Die dem Reichstages angehörige Reichsleitung sind bisher stets Mitglieder des Bundesrates gewesen. Das entspricht bezüglich des Reichstages dem Artikel 15 der Reichsverfassung, bezüglich seiner Stellvertreter einer fälschlichen Uebersetzung, die schon im wesentlichen richtig war, weil die Stellvertreter des Reichstages nach Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung nur in ihrer Gesamtheit als Mitglieder des Bundesrates und des Reichstages gelten dürfen. Dieser Uebersetzung steht die Bestimmung der Reichsverfassung, die in Absatz 1 dieses Artikels 21 Absatz 2 der Reichsverfassung steht, entgegen, wonach gleichzeitig Mitglieder des Bundesrates und des Reichstages sein kann. Eine Aufhebung dieser Bestimmung kommt nicht in Frage, weil dadurch ein für den Aufbau des Reiches wesentlicher Grundpfeiler im Artikel 15 der Reichsverfassung vernichtet werden würde, wonach Mitglieder des Reichstages und Reichstag als die getragenen Verantwortlichen des Reiches anzusehen sind, und ein gleichberechtigtes gegenseitiges. Mitin wird durch einen Zusatz zum Stellvertretungsgesetz, wie im Paragraph 2 des Entwurfs vorliegt, Bestreben zu treffen sein, daß die Stellvertreter des Reichstages jederzeit das Wort ergreifen dürfen, auch wenn sie nicht Mitglieder des Bundesrates sind. (M. A.)

Reform der Reichsverfassung.

Berlin, 15. Okt. (M. A.) Der Bundesrat stimmte heute vormittag einem Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu. Absatz 2 des Artikels wird dahin geändert: Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.

Artikel 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsangelegenheiten beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages. Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertreter bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Berlin, 15. Okt. (M. A.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion zum Kanzlerbrief.

Berlin, 15. Okt. (M. A.) Wie wir hören, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage gegen das Verbleiben des Prinzen Max von Baden in seinem Amte als Reichskanzler nichts einzunehmen.

Die Wander der Heimat.

Ein Gegenwärtigerzählung aus Nordheimertal von Maria Rüd. (Nachdruck verboten.)

Das war ein entsetzlicher „Luch“ für den Oberhof, als die Franzosen plötzlich zu ihm in die Stube trat und die zwei blauen Tausender vor ihn hinlegte.

„So — da is, was n'r schuld' san. Und damit nimmt' i a mei' Jarndt' r'ud.“

Der Oberhof war totenblau. Er hielt mit zitternder Hand die Banknoten, sah einmahl das Geld, dann das Dirndl an und stotterte:

„Ja, Franzos, was soll... was soll... denn das...“

„Nicht Gott! Schickt der Bauer halt'n Batern bald G'schick!“

Dranzen vor sie.

Der Oberhof stand beim Fenster und sah ihr nach. Wie sie so leicht und froh hinstapelte! Wie ein Reh. Ein paar Minuten — und sie war verschwunden im Tal.

Der Bürgermeister brummte einen Fluch vor sich hin. In schäblichster Dummheit verbrachte er den Vormittag. Inkonkordie und secherte den unglücklichen Brandner, wie er nur konnte, zerteile und polsterte mit den Mägden und gab den Zwillingen aus einem ganz geringfügigen Grund eine außerordentliche Tracht Prügel.

Nachmittags suchte er die Dachrechnung und die Hypothekendarstellung hervor und ließ den Söllhofer durch den Gemeindevorstand vorladen. So einfach war das doch nicht. Der Mißachtung der Schuld mußte doch eine Klindigung vorangehen. Und so bunten war er auch nicht, zu glauben, daß der Söllhofer über Nacht einen Schatz gegraben habe. Er ahnte, woher das Geld war, und die Mut übermante ihn. Drohende Blicke flogen hinab zur Mühle, deren rotes Dach zwischen den Lannen durchleuchtete.

Und doch hatte sie gesagt, die rote Teuffin! Rumbergeschoben hat sie der Oberhof von ihr'n Postament, von dem f' als „Frau Bürgermeister“ ver-

schlich rumber'schaut hat aufs ganze Dorf. G'kraft hat f' der Gergott durch ihr'n Bus'n, den er hat als Treckel heimkommen lass'n. Miß'macht hat f' allerhand jeß'n in der Kriegszeit. Schaden und Mergel — und no is' f' allweil dießel'... Verflucht Weibsbild' dul!

So schimpft und brummt und sinniert der Oberhof in sich hinein. Da legt sich ihm eine Hand auf die Schulter:

„Was is denn der Bauer hent a so wild? Frei hinfreut'n tuat m'r f' net!“

Das lächelnde Gesicht der Rosl schaut dem Oberhof über die Schulter.

„Dah mi in Ruoh!“ sagte er unwillig.

„Aber die Rosl ist nicht leicht beleidigt. Sie bleibt ruhig stehen.“

„Na, Bauer,“ sagt sie. „I kann's net seh'n, wie a so a Ehrenmann so behandelt wird. Das dumme Mensch — stofft doch sie in ein Ehr' mocht — geht f' umamonda wie wann' f' sollt aufgehängt werd'n. Und in d' Mühl' selbst f' a no allerweil...“

Bei der Erwähnung der Mühle treffen sich die beiden schwärzen Augenpaare. Und in beiden glimmt der Haß.

„Bauer,“ beginnt die Rosl wieder, „das vergißt d' Rosl nie net, wie f' die rot Teuffin daumal hat aufh'ig' jagt ohne Gnad und Barmherzigkeit. Und wie f' der Bauer z'komm'laht hat in dem Glend. Und seit derer Zeit, Bauer, kann i net seh'n, wann's wer mit'n Oberhofer net gnat mant... Und i glaib' allerweil, das Dirndl...“

Der Oberhofer kniff die Magd, deren hunkle Augen in leidenschaftlichem Feuer brannten, in die Wangen.

„Loh' guat sei, Rosl, mit dem Dirndl is's eh nix. Die is m'r z' hart. Papier'n laßt f' der Oberhofer net...“

„Iß's wach?“ brach die Rosl los. „Wirkt' wahr?“

Ein tiefes Rot färbt ihre Wangen und verschönte die großen Augen.

„Es is a Jo. Für mi wird scho der Gergott no was anders blia'h'n lass'n, wann' net a Rosl?“

„Leicht ane, die f' z' schä'n was, wann' f' der Oberhofer freuntlich' anseht, net? Und die a weng' zukunf' is...?“

Als der Oberhofer wieder allein in der Stube war, brummte er vergnügt vor sich hin:

„In Giel warst, Oberhofer, daß die f'iaß'n Kirich'n net g'eh'n host, die d'r ins Maul häng'n, und allweil nach den herb'n Apfel haß' lang'n woll'n...“

Wierzehntes Kapitel.

Der Mai war da. Die Zeit, in der die Franzosen hätte mit dem Oberhofer vor den Altar treten sollen. Statt dessen hatte ihr Vater einige peinliche Zusammenkünfte mit dem Bürgermeister, aber schließl'ich gingen sie als leidliche Freunde auseinander.

„I wach ja, Söllhofer, daß net du und net dei' Weib' schuld' seß's, daß f' Sock' a so angang'a is,“ meinte der Oberhofer ganz ruhig. „S'ist, daß is das Stück, was i Ent' eing'räumt' halt' als „Ausnah'm“,“ flügte er hochhaft hinzu und deutete auf den hübschen Anbau. „Na, ja, is halt' anders' kummen.“

Er schiff leise vor sich hin. Beim Nischenfenster stand die Rosl und äugte heraus. Sie sah sehr glückselig aus, jünger und frischer. Der Bauer nickte ihr zu und ging ins Haus.

Der Söllhofer ging mit sonderbaren Gefühlen heim. Es ärgerte ihn eigentlich, daß der Oberhofer sich so leicht über die Sache hinwegsetzte. Es wäre ihm viel angenehmer gewesen, wenn sich der Versuchwächte an einer Zuderkammer aufgehängt hätte oder in den Mühlbach gesperrt wäre. Die Mühle, die der Oberhofer mit der Rosl getauscht hatte, waren ihm nicht eingegangen. Die Rosl und seine Franzosen! Es war eine Beschöpfung für das Kind, es in einem Atem mit der andern zu nennen. Und der Oberhofer? Wieleicht hätte die Franzosen doch mit ganz unrecht' gehobt, wenn ihr' vor dem Bauern „graute“... (Fortsetzung folgt.)

Städtische Schauspiele Baden-Baden.

„Kammermusik“, Lustspiel in 3 Akten von Heinrich Heine.

Man muß es der Direktion Waag zuerkennen, daß sie ihren Spielplan fest hält und nicht bemüht ist, die für ein Theater so notwendige Abwechslung zu bieten.

So brachte der Sonntag Abend auf der neuen Kirchensöhne zum ersten Male das oben bezeichnete Lustspiel, dessen Ausführungen unvorstelllich, aber gut empfunden sind und dem Zuschauer einen Blick in es hinter die Kulissen gewähren, die ihm zeigen soll, wie es gemacht wird. Es ist ein toller dramatischer Kontext, der die unglücklichen Zeitgenossen zu Tage fördert. Der Kenner Rudolf von Niemayer lebt mit seiner kleinen, reizenden Frau schon 7 Jahre in glücklicher Ehe und ist Vater eines kleinen Söhnchens. Um nun an einem Herzsoglichen Hoftheater anzukommen, das aber keinen Verheirateten Kennerinnen engagiert, gibt sich seine Frau als seine Schwester aus, verdrängt dem Hoftheaterintendanten durch ihre kokette Liebenswürdigkeit den Kopf, gewinnt die Gunst des ganzen Hofes und erreicht, trotzdem der seine Verding schließlich heranzumant, einen fünfjährigen Kontrakt für ihren zum „Kammermusiker“ ernannten Gatten an diesem merkwürdigen Hoftheater.

„Wo die Kunst gebändigt wird durch die Sittlichkeit“, wie die Herzogin so schön sagt. Es ist ein geistvoller, witziger Dialog, der scharfe Streiflichter auf die Hofgesellschaft wirft und sich in amüsierten und fundierten Reden ergeht; viele komische Situationen, oft recht pikant, würgen das Ganze. Wenn es auch kein geniales Werk ist, so muß man es doch als eine durchdachte Arbeit betrachten, deren leichtgebundenen Epiphanien nirgends die Motive fehlen und deren urcholmischen Verwicklungen ungemein feiner wirken, ja die Lusthaft oft förmlich heranzufordern. — Schade, daß der Zuschauerraum für solche intime Klänge nicht so groß ist, es geht den Hörern oft viel von der Konversation auf der Bühne verloren. Das Ensemble dieses Lustspieles war wirklich ein ausgezeichnetes und fand von allen Seiten ungetrübte Anerkennung. Die ständige Regie, die vornehmsten Eigenbilder, von maffelöser Durchführung gezeichnet, hatte das Verdienst dieser Ausführung. An diese Verhöre soll die Bitte gerichtet sein, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Zuschauerpausen nicht so lange ausgedehnt werden, wie dies hier der Fall war. Aus dem Ensemble ragte Fräulein Wittels (Gilde), Herr Frickner (von Niemayer) und Herr Chandon (Graf Willwilt) besonders heraus.

Es war ein Vergnügen, die feinspitzierte, „schallos“ abgerundete Konversation und Disposition der Genannten zu hören, die durch ein brillantes Spiel unterfüttert wurde. Auch die Herzogin (Frau Bernau-Weißbach) bewachte eine gute Haltung. Die übrigen griffen anerkennenswert ein. Das Stück würde im Großtheater hier entschieden noch vorteilhafter gewirkt haben, das für solche intime Stücke wie geschaffen ist. Der Versuch hätte besser sein dürfen, die Aufführung hätte es wohl verdient.

Theater und

Kaiserhaus. Wegen Erziehungsdurchlauf wird am Mittwoch im Angerhaus statt. Die Schömanns geben mit den Damen begrad. Baumann, Marie Reizen Reugebauer, Seibel, Klöppel in den Hauptpartien.

Ein musikalischer Abend. Lange der Südstadt wurde a Festschmaus von Schillerinnen K. Kerber gegeben. Schon d' hille Arbeit von Frau Kerber b' anstellung in der Südstadt bewahrt überzogen, daß das Kon' ausstellt, befriedigen werde. Nicht gefüllt, nicht wie es sonst schicksalserfüllter vorkommt, sondern von schlichten Besuch und die Ermachtungen wurden auch ein Schillerinnenkonzert, in welchem anwesenden. In der wochung folgten Klavierstücke.

Ein musikalischer Abend. Lange der Südstadt wurde a Festschmaus von Schillerinnen K. Kerber gegeben. Schon d' hille Arbeit von Frau Kerber b' anstellung in der Südstadt bewahrt überzogen, daß das Kon' ausstellt, befriedigen werde. Nicht gefüllt, nicht wie es sonst schicksalserfüllter vorkommt, sondern von schlichten Besuch und die Ermachtungen wurden auch ein Schillerinnenkonzert, in welchem anwesenden. In der wochung folgten Klavierstücke.

Ein musikalischer Abend. Lange der Südstadt wurde a Festschmaus von Schillerinnen K. Kerber gegeben. Schon d' hille Arbeit von Frau Kerber b' anstellung in der Südstadt bewahrt überzogen, daß das Kon' ausstellt, befriedigen werde. Nicht gefüllt, nicht wie es sonst schicksalserfüllter vorkommt, sondern von schlichten Besuch und die Ermachtungen wurden auch ein Schillerinnenkonzert, in welchem anwesenden. In der wochung folgten Klavierstücke.

Ein musikalischer Abend. Lange der Südstadt wurde a Festschmaus von Schillerinnen K. Kerber gegeben. Schon d' hille Arbeit von Frau Kerber b' anstellung in der Südstadt bewahrt überzogen, daß das Kon' ausstellt, befriedigen werde. Nicht gefüllt, nicht wie es sonst schicksalserfüllter vorkommt, sondern von schlichten Besuch und die Ermachtungen wurden auch ein Schillerinnenkonzert, in welchem anwesenden. In der wochung folgten Klavierstücke.

Ein musikalischer Abend. Lange der Südstadt wurde a Festschmaus von Schillerinnen K. Kerber gegeben. Schon d' hille Arbeit von Frau Kerber b' anstellung in der Südstadt bewahrt überzogen, daß das Kon' ausstellt, befriedigen werde. Nicht gefüllt, nicht wie es sonst schicksalserfüllter vorkommt, sondern von schlichten Besuch und die Ermachtungen wurden auch ein Schillerinnenkonzert, in welchem anwesenden. In der wochung folgten Klavierstücke.

Ein musikalischer Abend. Lange der Südstadt wurde a Festschmaus von Schillerinnen K. Kerber gegeben. Schon d' hille Arbeit von Frau Kerber b' anstellung in der Südstadt bewahrt überzogen, daß das Kon' ausstellt, befriedigen werde. Nicht gefüllt, nicht wie es sonst schicksalserfüllter vorkommt, sondern von schlichten Besuch und die Ermachtungen wurden auch ein Schillerinnenkonzert, in welchem anwesenden. In der wochung folgten Klavierstücke.

Ein musikalischer Abend. Lange der Südstadt wurde a Festschmaus von Schillerinnen K. Kerber gegeben. Schon d' hille Arbeit von Frau Kerber b' anstellung in der Südstadt bewahrt überzogen, daß das Kon' ausstellt, befriedigen werde. Nicht gefüllt, nicht wie es sonst schicksalserfüllter vorkommt, sondern von schlichten Besuch und die Ermachtungen wurden auch ein Schillerinnenkonzert, in welchem anwesenden. In der wochung folgten Klavierstücke.

Die Bayerische Staats...

an der Kanalerbrücke: wo man selbst in den portierten Geruch der Stunde, die das Leben muß, nicht völlig erkennen, was in dem rechenen, was in was war. Der Krieg hat gar forciert und Auffassungen f' fesselt zu sein können. W' schließlich eine neue Kräfte beram mehr denn je auf unseren in ankommt? Diese berichtig in der Sozialdemokratie beh' ihr um die Sache und nicht für tun ist. Zur Verteidigung zu tun ist. Zur Verteidigung ist jetzt wirklich keine Zeit.

tion des Reichs noch in ihren Anfängen befand, und für die bisherige Entwicklung richtunggebend gewesen. Sie wird jetzt entsetzt werden können; denn wie bisher werden auch in Zukunft Aemter für Stellvertreter des Reichstages nur auf Grund des Reichshaushalts, also unter Mitwirkung von Bundesrat und Reichstag, geschaffen werden können, und die Vertretungsbestimmungen der verschiedenen vom Kaiser zu ernennenden Stellvertreter werden, soweit hierfür nicht der Reichshaushaltsplan maßgebend ist, durch Anordnung des Kaisers oder Reichstages gegeneinander abzugewogen sein.

Mit einer Streichung des Paragraph 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes verlieren im Paragraph 1 dieses Gesetzes die Worte „nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen“ ihre Bedeutung und sind daher zu streichen. Die dem Reichstages angehörige Reichsleitung sind bisher stets Mitglieder des Bundesrates gewesen. Das entspricht bezüglich des Reichstages dem Artikel 15 der Reichsverfassung, bezüglich seiner Stellvertreter einer fälschlichen Uebersetzung, die schon im wesentlichen richtig war, weil die Stellvertreter des Reichstages nach Artikel 21 Absatz 2 der Reichsverfassung nur in ihrer Gesamtheit als Mitglieder des Bundesrates und des Reichstages gelten dürfen. Dieser Uebersetzung steht die Bestimmung der Reichsverfassung, die in Absatz 1 dieses Artikels 21 Absatz 2 der Reichsverfassung steht, entgegen, wonach gleichzeitig Mitglieder des Bundesrates und des Reichstages sein kann. Eine Aufhebung dieser Bestimmung kommt nicht in Frage, weil dadurch ein für den Aufbau des Reiches wesentlicher Grundpfeiler im Artikel 15 der Reichsverfassung vernichtet werden würde, wonach Mitglieder des Reichstages und Reichstag als die getragenen Verantwortlichen des Reiches anzusehen sind, und ein gleichberechtigtes gegenseitiges. Mitin wird durch einen Zusatz zum Stellvertretungsgesetz, wie im Paragraph 2 des Entwurfs vorliegt, Bestreben zu treffen sein, daß die Stellvertreter des Reichstages jederzeit das Wort ergreifen dürfen, auch wenn sie nicht Mitglieder des Bundesrates sind. (M. A.)

Die dem Entwurfe beigegebene amtliche Begründung lautet folgendermaßen:

Durch Gesetz vom 30. September hat der Kaiser seinen Willen dahin kundgetan, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeiten und daher Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang an den Rechten und Pflichten der Regierung teilnehmen.

Die Kaiserliche Hofkammer sieht damit eine engere Verbindung zwischen der Reichsleitung und Reichstag vor, die nur hergestellt werden kann, wenn Mitglieder des Reichstages zugleich der Reichsleitung angehören. Daher wird Artikel 21, Absatz 2, der Reichsverfassung geändert werden müssen, wonach Mitglieder des Reichstages ihren Sitz verlieren, wenn sie ein Reichs- oder Staatsamt annehmen.

Nach Paragraph 2 Satz 2 des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichstages vom 17. März 1873 können außer dem allgemeinen Stellvertreter nur die Vorstände der obersten Reichsbehörden für den Umfang ihres Geschäftskreises zu Stellvertretern des Reichstages ernannt werden. Die Zahl der obersten Reichsbehörden ist eine beschränkte. Daher wird der gesetzliche Rahmen für die Stellvertretung des Reichstages zu erweitern sein, damit die Möglichkeit geschaffen wird, Stellvertreter des Reichstages zu bestellen, die nicht Vorstände einer obersten Reichsbehörde sind.

Die einschneidende Bestimmung im Paragraph 2 Satz 2 des Stellvertretungsgesetzes, die hiernach aufzuheben sein wird, ist gefaßt worden, als sich die Vertreterorganisa-

Heimkehr von Kriegs...

Rückwärt... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Sozial...

aus dem Hofberuf. Seine... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Seine königliche Hoheit der... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Das Anzeigebrett der Erzdiöze... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Die Reichshoftheater... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Die Reichshoftheater... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Die Reichshoftheater... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Die Reichshoftheater... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Die Reichshoftheater... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Die Reichshoftheater... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Die Reichshoftheater... (Kontanz, 15. Oktober. Inmorgen 8.08 Uhr trifft ein großer scharer Kriegsgesangener ein. Ferner werden am 19., 20. und 21. Oktober weitere Kriegsgesangener ankommen; am 18. Oktober kommen 30 internierte Offiziere Mannschaften aus der Schweiz. Singen a. S., 15. Oktober. König, um 8.22 Uhr, traf in Schweig kommend 177 Mann, sollen 500 kommen — hier ein, teils begnügt wurden.)

Todes-Anzeige.

Schmerz erfüllt machen wir die traurige Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, meinen lieben Gatten, unsern guten Vater und Schwager

Joseph Braun

nach kurzem, schwerem Leiden, wohl- versehen mit den hl. Sterbesakramenten, am Montag mittag um 3 Uhr, im Alter von 62 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Karlsruhe-Belzheim, 16. Oktober 1918. Breitestr. 32.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Anna Braun und Kinder.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. Okt., nachmittags 5 Uhr statt. 8957

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlichster Anteilnahme an dem schmerzlichen Verluste, der mich durch den Tod meiner unvergesslichen, treuen Gattin betroffen hat, sage ich innigsten Dank. Besondere danke ich noch für die so zahlreiche Beweismittel am Leichenbegängnis auf dem Friedhofe und für die vielen Blumen- und Kranzspenden. 8951

Fridolin Neu und Kinder.

Für Allerseelen

Allerseelen-Andacht sowie für Krieger-Feiern.

Sieben erschienen und allen kathol. Kirchen- chören bestens empfohlen:

Weitzel, W., op. 5, Trauerklinge, Sammlung von 10 Grabschriften für 1., 2., 3. und 4stimmigen Frauenchor, mit und ohne Orgel, darunter 4 Trauerstücke für gefallene Soldaten bei Kirchlichen und weltlichen Trauerfeiern, hoch 4, 12 S., Mk. 1.50.

Berner, Otto A., Drei leichte Grabsänge für den praktischen Gebrauch, hoch 4, 8 S., 70 Pf.

Inhalt: 1. Berner, op. 834... „Du hast vollbracht“, für 4stimmigen gemischten Chor bzw. für 2 Frauen- oder Knabenstimmen. 2. Berner, op. 332... „Wir stehen ums Grab“, für 2stimm. Frauen- oder Knabenchor. 3. Frey C., „Letztes Grüßen“, für 4stimm. Frauen- oder Knabenchor.

4. Deutsche Gesänge für Allerseelen und Grabbesuch, 1917, 8° (2) Partitur Mk. 1.- Jede weitere Partitur als Stimme 20 Pf.

Badenia Verlag und Druckerei Karlsruhe

Tüchtige Stenotypistinnen

zu sofortigem und späterem Eintritt gesucht.

Hilfsdienst-Meldestelle Karlsruhe (Städt. Arbeitsamt Karlsruhe) Bahringergasse 100. 8951

Zur Reinhaltung und Heizung von Büros werden kräftige

Frauen

gesucht zu sofortigem Eintritt.

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe (Städt. Arbeitsamt Karlsruhe) Bahringergasse 100, 2. Et. 3805

Pünktliche zuverlässige

Zeitungsfrau

sofort gesucht.

Die Geschäftsstelle des Bad. Beob. Adlerstraße 42.

Grossherz. Hoftheater.

Mittwoch, den 16. Oktober 1918.

1. Sinfonie-Konzert

der Grossh. Hofkapelle.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe.

Mittwoch, den 16. Oktober 1918.

Die Fledermaus.

Operetta in 3 Akten. Musik von Johann Strauss. Anfang: 7 1/2 Uhr. Ende: 11 1/2 Uhr.

Bekanntmachung.

Bei der heute durch den Bürgerausschuss vorgenommenen Wahl eines Erbschaftsbesizers für den verstorbenen Stadtrat Ludwig Käppeler wurde

Architekt Karl Trier

mit Amtsdauer bis zu den regelmäßigen Erneuerungswahlen zum Stadrate gewählt.

Die Wahlen liegen vom 16. ds. Mts. an während 8 Tagen im Rathaus 2. Stock, Zimmer Nr. 58, zu jedermanns Einsicht auf.

Etwasige Einsprüche oder Beschwerden gegen die Wahl müssen innerhalb dieser Frist beim Bürgermeisteramt oder dem Großh. Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit Vorlegung der Beweismittel angebracht werden.

Karlsruhe, den 14. Oktober 1918. 3941 Das Bürgermeisteramt.

Bad. Landesverein vom Roten Kreuz.

66. Danfsagung.

An Spenden für das Rote Kreuz sind von außerhalb der Stadt wohnhaften Personen bei unserer Kassenverwaltung in der Zeit vom 1.-30. September 1918 weiter eingegangen: Von den Frauenvereinen: Altenseim 20, Wehr 60, Gubigheim (f. Aug.) 7.55, Woggingen 10; durch Bezirks- bzw. Ortsauslässe vom Roten Kreuz: St. Blasien f. 1917 und 1918 1000, Zell i. B. 150, Schopfheim (f. Aug.) 800, Badenweiler 60, Durlach (f. Juli und Aug.) 800, Achern 100, Offenburg (f. Aug.) 500, Bad. Miesfelden (f. Sept.) 200, Kehl (f. Sept.) 300, Staßfurt 50, Bruchsal 500, Donaueschingen (f. Sept.) 100, Weiskirchen a. M. (f. 8. Quart.) 279, Lahr 150, Heilberg (f. Sept.) 1500, Singen a. H. 50, Lössen 800, Heberlingen (f. Sept.) 200, Emmendingen (f. Sept.) 800, Schwenningen (m. G.) 500, Mannheim (f. Sept.) 3500 (dar. 500 f. d. Abnahmest.), P. Baden 500, Wörzburg (Jahresbeitr.) 600; von Bahn- u. jhm. Personal der Stationen: Radolfzell, Sammlung des Etat- und Aupersonals 17.45, Freiburg, Revisions- kommission 12.45; ferner von: Ralisch bei Gillingen, Betriebsleiter Franz Schwarz (m. G.) 10, Hedingen, Landwirt Aug. Ruer 8, Göttingen, Adolf Simon (Ema- gegenpende) 2, Dinglingen, Julius u. Niesche (f. Sept.) 50, Kaffierleitner O. Salekt (f. Sept.) 2, Weis- weil, Hauptl. Sattler (Erlös der Volksküche Weisweil für abgbl. Lantzen) 128, Riedelsfeld, evang. Pfarramt (Samml. in Gottesdienst) 100, Baufeld, Missionar He- ner 85.13, Düren, Rarier Meier 12.80; von den Steuer- einnehmern, Gerichtsassen und Landgerichten: Inhalt der Sammelbüchlein: 3.44, Mannheim 6.80; zusammen: 13 104 M. 90 Pf. 3955

Für alle Gaben herzlichsten Dank!

Gebrüder

Scharff

Kartoffel-Versorgung.

Im Interesse einer geordneteren Ver- sorgung unserer Kunden mit Kartoffeln haben wir unsere bisherige Kartoffel- niederlage Karlstrasse 25 nach

Amalienstrasse 51 (Ecke Hirschstrasse)

verlegt. Auch in dieser Verkaufsstelle werden in der Hauptsache Kartoffeln zum Verkauf kommen.

In folgenden Niederlagen werden ebenfalls regelmässig Kartoffeln ver- abfolgt:

Amalienstrasse 27 Rudolfstrasse 21 Kriegstrasse 105 Rheinstrasse 34a.

Anmeldungen zur Kunden- liste für Kartoffeln nehmen unsere Filialleiter entgegen.

Neuer Wein

slüsser Gleisweiler trifft morgen und im Laufe der Woche weitere Wagen Laufener, Ach- karrer, Reichenweierer, Rappolts- weiler, Frankweiler und Barweiler, Scherer hier ein. Wir empfehlen solche in besten Qualitäten billigst. 3853

Franz Fischer & Cie,

Steinstrasse Nr. 29. - Fern- sprecher 163. Karlsruhe.

Gesangs-Unterricht.

Unterzeichnete nimmt Anmeldungen für ihren dem- nächst in Karlsruhe zu eröffnenden

Gesangs-Kursus entgegen. Näheres Karlsru. 32, 3. Et. 3852

Frau Hofopernsängerin Olga Kallensee, Darmstadt, Inselstr. 42.

Das Ziegenchafts-Büro

K. Kornsand Kalserstr. 56 Karlsruhe empfiehlt sich zum Ankauf und Verkauf von Ziegenkäse jeder Art.

Sitzungssaal des Ständehauses, Ritterstrasse 22, Karlsruhe.

Samstag, den 19. Oktober, nachm. 4 Uhr,

Dr. Hölscher VORTRAGE Prof. Dr. Uebelohde

über Textilstoffe

Verbesserungen in der Papiergarnindustrie.

Notwendigkeit der Versorgung mit Papiergarnzeugnissen.

Verwendungsmöglichkeiten, Vorführungen von Stoffen und Lichtbildern, Ausstellung von Bedarfsgegenständen aus Papiergarn.

Die Vorträge sind veranstaltet auf Anregung der Reichsbekleidungsstelle in Berlin, durch das Deutsche Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe. 3849

Eintritt frei! Karten für reservierte Plätze in der Hofmusikalien- handlung Fr. BOERT, Karlsruhe, Kaiserstrasse 159. Eintritt frei!

Nächste Badische Krieger-Geldlotterie. Ziehung 25. Oktober. Mögl. Höchstgewinn 20 000 Mk. und 3263 Geldgewinne 17 000 Mk. Zus. 3964 Geldgewinne 37 000 Mk. Los zu 1 M. Porto u. List 33 Pf. empf. Lot.-Unternehmer J. Stürmer. Strassburg i. E., Lange- str. 107, Fil. Kehl a. Rh. Hauptstr. 195. Frz. Pecher, Karlsruhe Zirkel 30, Gewerbank, Carl Götz, Hebelstr. 11/15 u. alle Losverkaufsstellen.

Handels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Tr. Bläusenmäntel Tuchmäntel Seidenmäntel Paletots, Röde Jackenkleider, Hüfen PELZE Pelzgarmenturen - keine Ladenbesuche -

Tapeten empfiehlt in großer Auswahl, sofort lieferbare Ware, da größere Vorräte. Tapetenhaus H. Barand, Douglasstr. 26, Teleph. 2435. bei der Hauptpost, Karlsruhe, Liebermann u. Tapetierarbeit. 3919

Gänselebern werden fortwährend angekauft A. Wäcker, Kreuzstr. 20. Karlsruhe. 3836

Gänselebern werden fortwährend angekauft: G. Weck, ab. Elmner, Erb- prinzenstr. 21, 2. Et., Karlsruhe. Für jenen, kräftigen Mann in der Schicht wird täglich ca. ein Liter

Ziegenmilch zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe an die ge- schäftliche Nr. 366 erbeten.

Ladnerin-Gesuch. Für mein Ausz. Kost- und Bekleidungs-Geschäft suche sofort oder später eine jüngere Verkäuferin. Leopold Wipfler, Karlsruhe, Antikenstr. 31.

Knecht gesucht. Ein Knecht auf so- fort oder später gesucht für Landwirtschaft bei Friedrich Kromer, Landwirt in Reiter- feld, Post Ziegen, A. Boms- dorf, Baden. 3945

Mädchen-Gesuch Ein ehrliches, fleißiges, zu- verlässiges Mädchen, das alle landwirtschaftliche Arbeiten verrichten kann, und auch melken kann, zu alleinlebender, alter Wittwe gesucht. Ange- bote unter Nr. 75 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Tücht. Mädchen mit guten Zeugnissen f. Küche und Haushalt per 1. Novem- ber gesucht. 3941 2. Wilhelmstr. 34, Et.

Unsere Spielwaren- Ausstellung ist eröffnet. HERMANN 8952 TIETZ.

Salon- und Wannenbäder m. Abonnement I. Kl. 1.30 Pf. II. Kl. 90 Pf., III. Kl. 50 Pf. im Friedrichsbad 136 Kaiserstr. 136. Mitteil. des Rabatt-Spar-Vereins.

Badenia + Verlag und Druckerei + Karlsruhe. Soeben ist erschienen: Die Klosterfrage im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur kirchenpolitischen Geschichte der bad. Heimat von Dr. Josef Schofer. Mitglied der Zweiten Badischen Kammer. 48 Seiten 50 Pf. mit Porto 60 Pf. Im Vorwort sagt der Herr Verfasser: Am 22. August 1818 hat Großherzog Karl im Bade Grisebad die Ver- fassungsurkunde für sein Land unterzeichnet. Fürst und Volk haben das Jubiläum gefeiert. Die Verfassung war und ist ein Instrument der Frei- heit und des Rechts. Ein Denkmahl für den hundertjährigen Bestand der Verfassung haben Fürst und Volk errichtet in dem neuen Kirchengesetz. Dieses Gesetz führt die Klosterfrage nach hundertjährigen Wünschen, Hoffen und Kämpfen zum Ziele. Damit ist die Zeit gekommen, Klügel und rückwärtschauend Lehren für die Zukunft zu gewinnen. Inhalt: 1. Grundrissliches. 2. Die Klosterfrage im Großherzogtum Baden vor 1800. 3. Das Gesetz von 1800 und die Klosterfrage. 4. Der Klostersturm kurz vor und nach dem Kriege 1870/71. 5. Umbauung von erträglicheren Zuständen. 6. Der Kampf um Zulassung von Männerklöstern von 1894 bis 1902. 7. Der Klostersturm im Jahre 1902. 8. Die zehn Jahre vor dem großen Krieg. 9. Die Lösung im Weltkrieg. Jedermann muß für diese hochinteressante Schrift Interesse haben. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verlagspreis vierteljährlich: ... Die Kriegslage ... Berlin, 15. Oktober. (W.T.B.) ... Der feindliche Vorstoß ... Berlin, 15. Okt. (W.T.B.) ... Die Frankfurter ... Berlin, 15. Oktober. (W.T.B.) ...